

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 59/ 30. 10. 2003

CHEMIKALIEN – POLITIK – EU

TV: MONITOR: Beitrag zum neuen Chemikalienrecht. Donnerstag, 30. Oktober 2003, (von 21.45 h - 22.30 h im Ersten, geänderte Anfangszeit!) **Krank durch Möbel - Wie Kanzler und Industrie den Gesundheitsschutz blockieren.** www.monitor.de

29.10.03

Brüssel will Mensch und Umwelt besser vor Chemikalien schützen

BRÜSSEL/BERLIN. Mensch und Umwelt sollen künftig besser vor giftigen Chemikalien geschützt sein: Die EU-Kommission machte am 29. Oktober den Weg frei für eine grundlegende Neuordnung der ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14343>

EU-Chemikalienrichtlinie unzureichend / BUND, DNR, WWF, WECF und Aktionskonferenz Nordsee fordern Nachbesserungen

Berlin/Brüssel (ots) - Deutsche Umweltverbände zeigten sich enttäuscht über die heute von der EU-Kommission verabschiedete Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien). Die Kommission habe die Interessen der Chemie-Industrie über die der Verbraucher und der Umwelt gestellt.

Frühere Entwürfe hätten deutlich schärfere Schutz- und Kontrollmaßnahmen vorgesehen. Die Chemie-Lobby habe leider die Reform mit ungerechtfertigten Forderungen verwässert. In Alltagsprodukten wie Kinderspielzeug oder Möbeln dürften nun weiter solche Chemikalien verwendet werden, die sich in der Muttermilch anreichern, die Fruchtbarkeit mindern und Allergien auslösen.

Zu zwei Dritteln aller Chemikalien, die in Zukunft registriert werden müssten, würden auch weiterhin keine ausreichenden Sicherheitsinformationen für Verbraucher und Handel vorliegen. Zwar sollten einige Informationen im Internet veröffentlicht werden, aber diese enthielten keinerlei Daten über verwendete Mengen und ihre Auswirkungen. Außerdem würde die bisherige Rechtsordnung für den Umgang mit gefährlichen Chemikalien in der EU unterminiert: während das EU-Arbeits- und Umweltrecht betone, dass gefährliche Chemikalien aus dem Verkehr gezogen werden müssten, schlage die Kommission lediglich vor, das Risiko durch eine sogenannte "adäquate Kontrolle" zu reduzieren. Diese versage nach Auffassung der Verbände jedoch vor allem bei besonders gefährlichen Chemikalien.

Die Verbände forderten die EU-Parlamentarier und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf dafür zu sorgen, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren Schlupflöcher gestopft und bürokratische Hürden für den Gesundheits- und Umweltschutz abgebaut werden.

E-Mail: presse@bund.net , Internet: www.bund.net

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUN

von Elektrosmognews: **Bundesregierung: Wirkung von Handys auf menschliches Erbgut nicht abschließend geklärt**

Antwort der deutschen Bundesregierung auf Kleine Anfrage der FDP Nr. 15/1631 . Deutsches Mobilfunkforschungsprogramm sieht entsprechende Untersuchungen vor Elektromagnetische Felder sind "erforderlicher Preis" für den Fortschritt. Quelle: Pressemitteilung des Bundestags "Heute im Bundestag" vom 27.10.2003 (siehe unten)

Kommentar der Elektrosmognews: Die offizielle Pressemitteilung des Bundestags wirkt in Überschrift und erstem Satz widersprüchlich. In der Überschrift heisst es, die Wirkung der von Handys ausgehenden Mobilfunkstrahlung hinsichtlich der Schädigung des Erbgut sei "nicht belegbar". Im ersten Satz spricht man dann von einem "nicht abschließend geklärten" Status, was inhaltlich etwas völlig anderes ist und der Überschrift widerspricht.

Fakt ist auf jeden Fall, dass mittlerweile mehrere Studien konsistente Hinweise darauf gegeben haben, dass hochfrequente elektromagnetische Felder, wie sie von heutigen Handys ausgehen, bestimmte Arten menschlicher und tierischer Zellen schädigen können, insbesondere bei höheren Intensitäten. Beobachtete Effekte waren z.B. Schäden an der DNA (Einzel- und Doppelstrangbrüche) sowie vermehrt auftretende Mikrokerne (Mikronuklei) bei bestimmten Zellarten, und zwar deutlich unterhalb heute gültiger Grenzwerte. Die EU REFLEX-Studie, auf welche die Bundesregierung hier anspielt, ist beileibe nicht die erste Studie, die genotoxische Effekte durch

Mobilfunkstrahlung bei höheren Intensitäten gefunden hat. Mehrere Studien von Lai und Singh, Mashevich und anderen haben ebenfalls genotoxische Wirkungen gefunden.

Wenn die Regierung von einem "nicht abschließend geklärten Status" spricht, so sollte sie auch vorsorgend handeln. Man misst mit zweierlei Mass, wenn man z.B. pflanzliche Süßungsmittel wie Stevia rebaudiana (Stevia) bisher nicht als Lebensmittel zugelassen hat, mit dem Hinweis darauf, dass die Unbedenklichkeit der Pflanze auf die menschliche Gesundheit nicht abschließend geklärt sei (obwohl sie seit Jahrtausenden von südamerikanischen Indianervölkern eingesetzt wird, mit dem angenehmen Nebeneffekt, dass es dort keine Karies gibt und viele andere durch übermäßigen Zuckergenuß verursachte Zivilisationskrankheiten ebenfalls kaum) und bei Handys völlig andere Prioritäten setzt. Da heisst es, die Unbedenklichkeit kann man nie nachweisen, das wäre wissenschaftlich unmöglich. Bei Stevia rebaudiana vertritt man hingegen genau die gegenteilige Auffassung. Ein Schelm, wer dabei an monetäre Interessen der Mobilfunk-, Zucker- und Süßstoffindustrie denkt?

Unserer Ansicht nach muss im Interesse von Millionen Verbrauchern und auch Anwohnern von Sendemasten die Immission durch elektromagnetische Felder sofort deutlich gesenkt werden. Vorbeugen ist besser als Heilen.

Originaltext der Pressemitteilung der Bundesregierung:

Regierung: Schädigung des Erbgutes durch Handys nicht belegbar Umwelt/Antwort

Berlin: (hib/RAB) Die Folgen der mit Mobiltelefonen einhergehenden hoch frequentierten elektromagnetischen Felder auf das menschliche Erbgut sind nicht abschließend geklärt. Zu dieser Frage liege eine Reihe von wissenschaftlichen Befunden vor, die ein sehr widersprüchliches Bild ergeben, erklärt die Regierung in ihrer Antwort (15/1743) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/1631). Da die bisherigen Untersuchungen erhebliche methodische Schwächen aufweisen würden und die Frage von großer Bedeutung für die Gesundheit ist, seien entsprechende Untersuchungen im Rahmen des deutschen Mobilfunkforschungsprogramms vorgesehen. Die bisher vorliegenden Befunde geben aber keinen Anlass dazu, die Grenzwerte, die auf eine Vermeidung aller nachgewiesenen gesundheitlichen Gefahren abzielen, zu verändern. Weiter heißt es in der Antwort, Mobiltelefone seien heute für viele Menschen unentbehrlich geworden und wirkten als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Preis für diesen Fortschritt seien elektromagnetische Felder, die als Übertragungsmedien gebraucht werden. Künftig werde es kaum noch Räume geben, in denen wir nicht mit elektromagnetischen Feldern konfrontiert seien. Entsprechend habe das Umweltministerium die Vorsorgeforschung im Bereich Mobilfunk verstärkt und die jährlichen Haushaltsmittel deutlich erhöht. Für die Jahre 2002 bis 2005 würden insgesamt 8,5 Millionen Euro bereitgestellt. Zusammen

mit den Geldern der Mobilfunkbetreiber stünden der Forschung in diesem Bereich insgesamt 17 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Internet unter: <http://www.elektrosmognews.de/news/bundanfdp1003.htm>

Mehr Schutz am Arbeitsplatz

EU-Kommission begrüßt Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer vor elektromagnetischen Feldern. <http://www.eu-kommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=4656> Quelle: EU-Kommission

Handy-Forschung an der Universität Zürich

An der Universität Zürich werden z.Zt. einige interessante Experimente durchgeführt:

Dosis-Wirkungs-Beziehung zwischen elektromagnetischer Strahlung vom Typ GSM (Handy) und Schlaf bzw. Schlaf-EEG PD Dr. P. Achermann, Prof. N. Kuster Universität Zürich, Institut für Pharmakologie und Toxikologie. Laufzeit: April 2003 – März 2005

In der jüngsten Studie (siehe Jahresbericht 2002) versuchten wir abzuklären, ob die Trägerfrequenz (900MHz) oder die niederfrequenten Modulationsanteile (2, 8, 217, 1736Hz und höhere harmonische Schwingungen) für die beobachteten EEG-Veränderungen im nicht REM Schlaf verantwortlich sind.

Ein wichtiger Schritt um die Effekte im breiteren Zusammenhang der Mobilkommunikation zu beurteilen und um frühere Befunde zu validieren, wäre der Nachweis einer Dosis Wirkungs-Beziehung. Das Ziel dieses Projekts ist es, entsprechende Daten zu erheben.

Quelle: <http://www.mobile-research.ethz.ch/var/achermann2.rtf>

Untersuchung der Effekte niederfrequenter Modulationsanteile von Handy-Strahlung auf das EEG Prof. H.G. Wieser, Dr. J. Dobson, Universitätsspital Zürich, Neurologische Klinik, Laufzeit: Dezember 2002 – November 2004

Seit einiger Zeit wird in der Forschung über die biologischen Effekte der Mobilfunkstrahlung von Handys immer mehr Aufmerksamkeit den niederfrequenten Modulationsanteilen (TDMA – 217Hz und 8.34Hz) und den Magnetfeldern der Batterieströme im DTX-Modus (2Hz) gewidmet.

Die zwei tieferen Frequenzen sind insofern von besonderem Interesse, als sie im Bereich der Alpha und Delta Wellen der natürlichen Hirnaktivität liegen. Bislang gibt es allerdings erst wenige in vivo Untersuchungen über Effekte in diesem Signalbereich.

In diesem Projekt werden wir die Auswirkungen von 2Hz und 8Hz Magnetfeldern auf die elektrische Aktivität der Gehirns von Epilepsie-Patienten (MTLE-Epilepsie), welche eine prächirurgische Untersuchung mittels implantierter Elektroden erfahren, und von freiwilligen Versuchspersonen mit entsprechend angelegten Hautelektroden (Vergleichsgruppe), untersuchen.

Quelle: <http://www.mobile-research.ethz.ch/var/wieser2.rtf>

Baden-Württemberg:: **Proteste sollen Ausbau des Handynetzes nicht bremsen**

Für Mobilfunkantennen ist im Land bald keine Genehmigung mehr nötig - Grüne und Bürgerinitiativen lehnen Lockerung ab

STUTTGART. Tausende neuer Mobilfunkantennen werden im Südwesten in den nächsten Jahren benötigt. Das Land will den Bau jetzt erleichtern - gegen den Widerstand von Bürgerinitiativen und Grünen. Sie befürchten einen unkontrollierten Wildwuchs.

WLAN-Anwendungen für "Hot Spots" , Eine Arbeit von Dr. Virnich

Ein WLAN (Wireless Local Area Network / lokales Funknetzwerk) dient zur drahtlosen Vernetzung von mehreren Personalcomputern (PC's) oder tragbaren Notebooks, um die Verlegung von Kabeln zu sparen. Ferner ermöglicht es über einen sog. Access Point (Zugangspunkt, Zugangsknoten) den drahtlosen Zugang zum Internet, eMail usw. oder zu einem vorhandenen drahtgebundenen Netzwerk, wie es z. B. in Firmen oder Behörden häufig zu finden ist (Intranet).

Mehr unter <http://www.hese-project.org/New.html>

12.10.2003 Stellungnahme zu der Studie "Entwicklung eines Strategiepapiers zu Vorsorgemaßnahmen im Bereich Mobilfunk"

Das Bundesamt für Strahlenschutz beauftragte im September 2002 das "ECOLOG-Institut für sozialökologische Forschung und Bildung GmbH" mit der Durchführung der Studie "Entwicklung eines Strategiepapiers zu Vorsorgemaßnahmen im Bereich Mobilfunk".

Die Stellungnahme finden Sie unter: http://www.bfs.de/elektro/papiere/strategiepapier_mf.html

Das Mikrowellensyndrom: Eine vorläufige Studie in Spanien

In Murcia, Spanien, wurde in der Umgebung einer Mobilfunk-Basisstation eine Gesundheitsbefragung durchgeführt. Diese Umfrage enthielt Gesundheitsfragen, die sich auf die "Mikrowellenkrankheit" oder das "RF-Syndrom" bezogen. In den Wohnungen der Bürger, die geantwortet hatten, wurde die Strahlungsdichte gemessen. Die statistische Auswertung zeigte einen signifikanten Zusammenhang zwischen der angegebenen Schwere der Symptome und der gemessenen Strahlungsdichte.

Die Ergebnisse finden Sie unter: <http://www.hese-project.org/> et al 2003 - Übersetzung[1].doc

Mobile telephone base-stations: effects on health and wellbeeing (pdf) Eine Studie von: Hans-Peter Hutter, Hanns Moshammer, Michael Kundi unter <http://www.hese-project.org>

Elektrosmognews-Team, <http://www.elektrosmognews.de>

=====

KURZINFO

Pestizid-Werte in Babynahrung <http://www.greenpeace.de/einkaufsnetz>

30. 10. 2003

Hirnforschung: Musiker haben mehr im Kopf

Musiker, egal ob Amateure oder Profis, haben buchstäblich mehr im Kopf als andere Menschen.

Deutsche Forscher fanden heraus, dass regelmäßiges Musizieren die für Sehen, Hören und Körperbewegung verantwortlichen Hirnregionen wachsen lässt.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-271695,00.html>

und /oder

Graue Zellen: Musiker haben mehr im Kopf

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=10&d=29&id=104551>

29. 10.2003

Erhöhtes Risiko für Asthma bei Hausreinigungspersonal

LONDON. Personen, die als Reinigungskraft in Haushalten beschäftigt sind, haben ein erhöhtes Risiko für die Entwicklung von Asthma. Zu diesem Ergebnis kommt ein spanisches Forscherteam in der ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14326>

Anmerkung Scherrmann: Ganz besonders gilt dies fuer ArbeiterInnen in Putzkolonnen. Da hier haeufig AuslaenderInnen beschaeftigt werden, scheint man sich ueber deren Gesundheit noch weniger Gedanken zu machen.

Begünstigt Rauchen eine multiple Sklerose?

BERGEN/NORWEGEN. Raucher erkranken nach den Ergebnissen einer bevölkerungsbasierten Studie fast doppelt so häufig an einer multiplen Sklerose wie Menschen, die niemals geraucht haben. Über die Gründe ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14328>

Ministerium fördert Präventionsforschung mit sechs Millionen Euro

BERLIN. Ein neues Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) soll klären, warum und in welchem Maß Prävention hilft, die Gesundheit und Lebensqualität zu verbessern. ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14336>

Anmerkung Scherrmann: Es ist immer aufschlussreich zu lesen, wieviel bzw. wie wenig Geld fuer Praeventionsforschung ausgegeben wird (im Gegensatz zur gesamten anderen med. Forschung)

24. 10. 2003

Rauchen am Arbeitsplatz in Irland ab Ende Januar verboten

DUBLIN. In Irland wird das Rauchen am Arbeitsplatz sowie in Hotels und Pubs ab Ende Januar verboten. Die am 23. Oktober verabschiedeten Regelungen erlaubten es den Arbeitnehmern, künftig "in einer ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14306>

Anmerkung Scherrmann: mal wieder: Auch in den USA wird in immer mehr Staaten das Rauchen am Arbeitsplatz (inklusive in Restaurants, Bars, ...) verboten.

20.10.2003

Jeder fünfte Europäer hat chronische Schmerzen / Bisher größte Schmerz-Studie zeigt Defizite / Patienten fühlen sich im Stich gelassen / Fachgesellschaften in Deutschland fordern Konsequenzen Chronische Schmerzen kosten die europäische Wirtschaft 34 Milliarden Euro

Einer von fünf Menschen lebt mit oft quälenden Schmerzen, 34 Milliarden Euro wirtschaftlicher Verlust und 15 Millionen Europäer, die an Selbstmord denken ... Willkommen in einem schmerzerfülltem Europa, heute zum ersten Mal veröffentlicht in der 'Pain in Europe' Studie.

Die bisher größte und detaillierteste Studie über langfristige (chronische) Schmerzen wird am Montag als ein Beitrag während der European Week Against Pain (Europäische Woche gegen Schmerz) (vom 12.-19. Oktober), eine Initiative der EFIC, der European Federation of National IASP Chapters (International Association for the Study of Pain) vorgestellt. Für weitere Informationen oder die komplette Studie besuchen Sie uns bitte im Internet unter www.painineurope.com., <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=4916672003>

Chronische Schmerzen: Zehn Millionen leiden

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=10&d=9&id=103808>

Anmerkung Scherrmann: Ich denke, die 34 Milliarden Euro sind eher zu tief angesetzt. In der Schmerzforschung werden Schadstoffe (z. B. Neurotoxine) als Verursacher und Auslöser von chronischen Schmerzen immer noch weitgehend ignoriert.

9.10.2003

Migräne: Stickstoffmonoxid vermutlich Auslöser

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=10&d=10&id=103856>

Schaden oder Nutzen? Duft-Marketing in Arztpraxen . Duft-Marketing heisst ein neuer Trend im Handel, der jetzt auch in Arztpraxen angewendet wird. Kaum wahrnehmbare Düfte sollen Emotionen steuern und zum Kauf stimulieren oder Ängste abbauen. Doch die Wirksamkeit der Düfte ist noch ebenso wenig erforscht wie die Gefahren fuer chemikaliensensible Menschen.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=278940,3034./medizin/allergien>

Anmerkung Scherrmann: Allen, die immer noch von der Harmlosigkeit von Duftstoffen ueberzeugt sind, moechte ich – mal wieder - <http://www.fpinva.org> empfehlen

Medizinrechts-Beratungsnetz ab Oktober bundesweit verfügbar. Die gemeinnützige Stiftung Gesundheit bietet ab 1. Oktober 2003 auch in Baden-Württemberg und Bayern kostenlose Erstberatungen in Fragen des Medizinrechts an. Damit ist das Medizinrechts- Beratungsnetz nun in ganz Deutschland verfügbar.

=====

PINWAND

Borrelien und Antibiotikaintoleranz Was tun? Email-austausch zur Entscheidungsfindung gesucht. Email – adresse ueber info@safer-world.org

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

BUNDESTAG

Berlin: Mi, 29.10.2003

Verkehr und Bauwesen/Kleine Anfrage

REGIERUNG SOLL ERLEICHTERUNGEN FÜR MOBILITÄTSEINGESCHRÄNKTE MENSCHEN PRÜFEN

Berlin: (hib/POT) Für die Mobilität von körperlich gebrechlichen oder behinderten Personen ohne Pkw-Führerschein interessiert sich die FDP-Fraktion in einer Kleine Anfrage (15/1816). Den Angaben der Liberalen zufolge erlaubte die Fahrerlaubnis-Verordnung zum "motorisierten Krankenfahrstuhl" dem genannten Personenkreis bis zum letzten Jahr, Kraftfahrzeuge mit höchstens zwei Sitzen, maximal 300 Kilogramm Leergewicht und einer Höchstgeschwindigkeit von 25 km/h führerscheinfrei zu benutzen. Durch eine Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung im Jahr 2002 seien die fahrerlaubnisfreien Krankenfahrstühle jedoch wesentlich enger definiert worden.

Danach gelten als Krankenfahrstühle nur noch Fahrzeuge mit einer Höchstgeschwindigkeit von 15 km/h, nur einem Sitzplatz und Elektromotor, heißt es in der Anfrage weiter. Als Alternative zu dieser sehr eingeschränkten Mobilität bleibe für gebrechliche oder behinderte Personen lediglich der vollwertige Pkw mit Führerscheinklasse B.

Vor diesem Hintergrund will die FDP von der Bundesregierung wissen, ob nach ihrer Ansicht die gegenwärtige Rechtslage für gebrechliche Menschen eine geeignete und zumutbare Individualmobilität gewährleistet.

Zudem soll die Regierung sagen, welche Individualverkehrsmittel sie für Menschen geeignet hält, die der Führerschein der Klasse B überfordert. Außerdem interessiert die Abgeordneten, ob die Regierung die Auffassung teilt, dass die EU-Führerscheinrichtlinie eine Führerscheinklasse für drei- oder vierrädrige Kraftfahrzeuge unterhalb der Führerscheinklasse B zulässt und ob die Regierung plant, einen solchen Führerschein unterhalb der Klasse B einzuführen.

Berlin: Fr, 24.10.2000

Wirtschaft und Arbeit/Gesetzentwurf

FDP WILL FRÜHVERRENTUNGSMÖGLICHKEITEN STREICHEN

Berlin: (hib/VOM) Die FDP-Fraktion will die bestehenden Frühverrentungsmöglichkeiten im Dritten Buch des Sozialgesetzbuches und im Altersteilzeitgesetz zum 1. Januar 2004 streichen. Den Arbeitnehmern, die bereits vor 2004 die Voraussetzungen für eine entsprechende Frühverrentung erfüllt haben, soll Vertrauensschutz gewährt werden, heißt es in einem Gesetzentwurf (15/1810). Zur Begründung schreiben die Liberalen, die Anreize zur Frühverrentung im Arbeitsförderungsrecht dürften nicht verlängert werden. Das Finanzierungsproblem der sozialen Sicherungssysteme werde durch die geringe Erwerbstätigkeit in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen noch zusätzlich verschärft.

In Deutschland habe die Erwerbstätigenquote dieser Altersgruppe im Jahr 2001 lediglich 41,5 Prozent betragen. Eine geringe Erwerbsbeteiligung Älterer ist nach Ansicht der FDP ein Anzeichen für die strukturelle Schwäche des deutschen Arbeitsmarktes.

Die deutschen Unternehmen müssten die Herausforderungen der Zukunft zunehmend auch mit älteren Arbeitnehmern bewältigen. Leitbild müsse dabei sein, die individuelle Entscheidung jener leistungsfähigen älteren Menschen zu ermöglichen und zu fördern, die ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre soziale Kompetenz auch weiterhin dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen möchten.

Berlin: Mi, 08.10.2003

Gesundheit und Soziale Sicherung/Antwort

REGELUNGEN ZU MEDIZINISCHEN UND FORSCHUNGSZWECKEN BEABSICHTIGT

Berlin: (hib/BOB) Die Bundesregierung beabsichtigt, im Rahmen eines Gesetzes über genetische Untersuchungen bei Menschen unter anderem auch Regelungen für genetische Reihenuntersuchungen zu medizinischen und zu Forschungszwecken zu treffen.

Dies teilt sie in ihrer Antwort (15/1610) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/1539) mit. Im Rahmen der Erarbeitung des Gesetzes würden unter anderem die Anforderungen an genetische Untersuchungen, an den Umgang mit den daraus erhobenen Daten und den biologischen Materialien geprüft.

Zweck des Gesetzes wird es nach Angaben der Bundesregierung sein, im Hinblick auf die staatliche Verpflichtung, die Menschenwürde, die Gesundheit und die informationelle Selbstbestimmung zu achten und zu schützen und die Freiheit der Forschung zu gewährleisten.

Beim derzeitigen Neugeborenen-Screening werde auf angeborene Erkrankungen untersucht, die unbehandelt unerkannt blieben und so zu schwerwiegenden Störungen der kindlichen Entwicklungen führen können. Mit Hilfe der Reihenuntersuchung würden diese Krankheiten bei betroffenen Kindern frühzeitig erkannt und Gesundheitsschäden durch die frühzeitige Therapie vermieden.

Eltern müssten nach Auskunft der Bundesregierung vor der Probeentnahme über Ziele, Inhalte und mögliche Folgen des Neugeborenen-Screenings und den Umgang mit der Probe und den erhobenen Daten angemessen informiert werden.

Die Bundesregierung geht in Übrigen davon aus, dass Restblutproben, die im Rahmen des Screenings entnommen und nicht verbraucht werden, vernichtet werden. Ihr lägen keine Erkenntnisse darüber vor, wo etwaige Blutprobenreste bis zu ihrer Vernichtung aufbewahrt werden. Auskünfte darüber könnten jedoch nur die Länder erteilen.

Verbraucherschutz/Unterrichtung

ZUSTÄNDIGKEIT FÜR GENTECHNIK VON BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ ZURÜCKNEHMEN

Berlin: (hib/BOB) Eine Übertragung der Zuständigkeit für die Gentechnik vom Umweltbundesamt auf das Bundesamt für Naturschutz ist zurückzunehmen. Dies hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 26. September 2003 beschlossen und gleichzeitig verlangt, den Vermittlungsausschuss anzurufen, wie aus einer Unterrichtung (15/1643) hervorgeht.

Die geplanten Änderungen seien weder durch den Organisationserlass begründet, noch seien sie fachlich nachvollziehbar. Die Gentechnik im Allgemeinen und das Monitoring im Besonderen seien eine Querschnittsaufgabe des Umweltschutzes, bei der sämtliche Auswirkungen im Rahmen der Herstellung, Nutzung und Entsorgung der gentechnisch veränderten Organismen auf die gesamte Umwelt und die menschliche Gesundheit berücksichtigt werden müssten.

Mit der geplanten vollständigen Verlagerung von Zuständigkeiten für die Gentechnik vom Umweltbundesamt auf das Bundesamt für Naturschutz würde man die bisherigen bewährten Möglichkeiten aufgeben, das Thema umfassend von einer Umweltbehörde begleiten zu lassen. Um eine mögliche Schwächung des Themenfelds Gentechnik zu vermeiden, seien daher die Zuständigkeiten und Aufgaben für die Gentechnik unverändert beim Umweltbundesamt zu belassen. Dies schliesse nicht aus, dass die Kompetenz des Bundesamtes für Naturschutz für naturschutzfachliche Fragen auch weiterhin sinnvollerweise in die Arbeit des Umweltbundesamtes einzubeziehen sei.

=====

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

30. 10. 2003:

Der Verbraucher kann mit seinem Kaufverhalten über fairen Handel, soziale Gerechtigkeit und hohe Qualität entscheiden. Bei Produkten, wie Kaffee, Tee, Kakao, Orangensaft weist das Siegel Transfair / Fairtrade den Weg.

In einer bundesweiten Aktionswoche bei Karstadt können Verbraucher sich über Transfair informieren und Produkte verkosten. Verbraucherschutzminister Dr. Werner Schnappauf eröffnet die Aktionswoche am Montag, 3. November 2003 um 14.00 Uhr , E-Mail: presse@stmgev.bayern.de

=====

UBA – UMWELTBUNDESAMT

30. 10. 2003-10-30 **Umweltportal *gein*[®] noch anwenderfreundlicher Relaunch der Internetseite mit Umweltinformationen von Bund und Laendern unter <http://www.gein.de>**

Die oftmals mühsame Suche nach weit gestreuten Umweltinformationen im Internet hat ein Ende, seitdem es *gein*[®] gibt. *gein*[®] steht fuer German Environmental Information Network, das Umweltportal von Bund und Laendern. Das groeßte Umwelt-Informationsnetzwerk Deutschlands bietet zentralen Zugriff auf die vielen hunderttausend Internetseiten von oeffentlichen Institutionen und ermoeglicht darueber hinaus komfortablen Zugang zu Fachdatenbanken. Das Portal fuer Umweltfragen wurde im Juni 2000 vom Umweltbundesamt erfolgreich im Internet etabliert und praesentiert sich nun nach einem gelungenen Relaunch mit neu gestalteter Rechercheoberflaeche und erweitertem Angebot. Die Internetseite www.gein.de <<http://www.gein.de>> ist seitdem wesentlich praegnanter und benutzerfreundlicher.

gein[®] wurde nach einem in Suedafrika angewandten Vorbild vom Umweltbundesamt in Berlin in enger Zusammenarbeit mit den Laendern entwickelt. Seit Januar 2003 hat die Koordinierungsstelle UDK/*gein* des Niedersaechsischen Umweltministeriums die Betreuung der Seite uebernommen.

gein[®] richtet sich sowohl an interessierte Laien als auch an Fachpublikum. Das Informationsangebot wird kontinuierlich ausgebaut und hat sich innerhalb des dreijaehrigen Bestehens nahezu vervierfacht. Mittlerweile umfasst *gein*[®] ueber 300.000 Internet-Seiten mit Umweltdaten von 89 Anbietern und Schnittstellen zu 9 Datenbanken.

Der Relaunch des Umweltportals traegt der gestiegenen Menge an Informationen und Zugriffen Rechnung. Die gestalterische Ueberarbeitung fuehrte zu einer besseren Lesbarkeit der Webseite. Die Rechercheoberflaeche laedt nun durch klareren Aufbau und gezielte Farbgebung zur bequemen Bedienung ein. Rechtliche Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes, die Seite fuer Sehbehinderte barrierefrei und benutzerfreundlich zu gestalten, wurden beruecksichtigt.

Durch inhaltliche und technische Verbesserungen ist die Benutzerfuehrung effizienter geworden. Ein Recherche-Assistent mit einem verfeinerten Analyseverfahren erleichtert die Suche. So ist neben der herkoemmlichen einfachen Volltextsuche eine differenzierte Ermittlung ueber Fachvokabular nach thematischen, raeumlichen und zeitlichen Bezuegen moeglich. Uebersichtlich gegliederte Themenfelder wie Abfall, Chemikalien, Energie, Gentechnik oder Umweltrecht erlauben ein erstes „Stoebbern“ in den Einstiegsseiten der Informationsanbieter. Die neu hinzugekommene Rubrik „Aktuelles“ bietet taeglich aktualisierte News und Messwerte an.

Anmerkung Scherrmann: www.gein.de ist wichtig und begruessenswert, nur darf die userin/der user nicht uebersehen, dass es zu einem Suchbegriff natuerlich auch noch andere Informationsquellen gibt.

29. 10. 2003: Wasserqualitaet der Seen muss noch besser werden. Bundesweite Dokumentation zum Zustand der Seen in Deutschland zeigt: Ueberduengung bleibt das Hauptproblem

Die gute Nachricht: Die Qualitaet des Wassers in vielen Seen Deutschlands ist in den vergangenen zehn Jahren besser geworden. Durch weniger Abwaesser wuchs der Wert der Gewaesser fuer Freizeit und Erholung. Die schlechte Nachricht: Viele Seen sind weiterhin ueberduengt. Vor allem aus der Landwirtschaft kommen zuviel Phosphat und Stickstoff in die Gewaesser. Dort sorgt der Ueberfluss an Naehrstoffen fuer ein starkes Pflanzen- und Algenwachstum. Die Folgen sind Sauerstoffmangel, Seen koennen kippen. Schlimmstenfalls koennen sogar Fische sterben. Deshalb muss der Eintrag von Phosphat und Stickstoffen in die Seen deutlich verringert werden. Dies wird in den naechsten Jahren ein wesentliches Anliegen der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie sein.

In die Erhebung, die die Brandenburgische Technische Universitaet Cottbus im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) vornahm, flossen Datensaeetze und Beschreibungen von mehr als 12.000 Seen ein. Daraus entstand eine Seenmonografie, die 227 ausgewaehlte Seen beschreibt. Parallel dazu hat das UBA die ihm von den Bundeslaendern uebermittelten Daten aus den Jahren 1981 bis 2000 zusammengestellt, ausgewertet und publiziert.

Die Ursache fuer die Ueberduengung hat sich in den letzten Jahren verschoben. In den 70er-Jahren war das Abwasser in der alten Bundesrepublik noch die Hauptquelle fuer die Ueberduengung der Seen. Nachdem in den 80er-Jahren verstaerkt phosphatfreie Waschmittel auf den Markt kamen und die Klaerwerke Vorrichtungen zum Entfernen der Naehrstoffe einbauten, verbesserte sich der Zustand der Gewaesser. In den 60er- Jahren stellte sich die Landwirtschaft in der DDR und der Bundesrepublik auf Großproduktion um, so dass die intensive Tiermast und der verstaerkte Einsatz von Mineralduenger zunehmend fuer die Ueberduengung verantwortlich wurden.

Die Dokumentation weist auf ein weiteres Problem hin, das in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird: Die Ufer der Seen koennen wichtige oekologische Funktionen nicht mehr erfuellen, denn Baumaßnahmen und Erholungssuchende koennen die Ufer zerstoeren und den Tieren somit Schutz und Nahrungsangebot entziehen.

Die Dokumentation ergab ferner, dass die Versauerung von Seen in Deutschland allgemein eine geringere Rolle spielt als angenommen. Sie stellt allerdings in bestimmten Regionen ein Problem dar, wie zum Beispiel im Bayerischen Wald und im Schwarzwald.

Das Buch mit dem Titel „Dokumentation von Zustand und Entwicklung der wichtigsten Seen Deutschlands“ wird in der Reihe UBA-Berichte im Erich-Schmidt-Verlag erscheinen.

Die Datensammlung „Wasserbeschaffenheit der wichtigsten Seen in der Bundesrepublik Deutschland“ liefert vertiefende Informationen zu 18 ausgewählten und bedeutenden Seen. Sie ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nummer 36/2003 erschienen und wird kostenlos abgegeben. Sie ist erhältlich bei Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, ZAD, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin oder per Fax: 030/ 89 03 29 12. Die Studie kann auch im Internet unter der Adresse: <http://www.umweltbundesamt.de>, Rubrik „Publikationen“/Publikationsliste bestellt werden. Die Studie kann auch via Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>, Rubrik "Veröffentlichungen", bestellt werden.

28. 10. 2003: Neu im Internet: „Umwelt und Verkehr“ . Umweltbundesamt erweitert Onlineangebot mit umfassenden Daten und Fakten zu diesem Themengebiet

Ab sofort können sich Internet-Nutzer auch umfassend über das Themengebiet „Umwelt und Verkehr“ auf den Internetseiten des Umweltbundesamtes (UBA) <http://www.umweltbundesamt.de/verkehr> informieren. Das Angebot wird regelmäßig aktualisiert. Es richtet sich nicht nur an Fachpublikum, sondern vor allem an die umweltinteressierte Öffentlichkeit.

Von A wie „Aktuelles“ und „Alternative Antriebe“ über L wie „Lärm“ bis W wie „Wirtschaftliche Aspekte des Verkehrs“: das Informationsspektrum ist umfassend, übersichtlich und verständlich. Neben technischen Fragestellungen wie zum Beispiel zu „Möglichkeiten der Emissionsminderung“ oder „Kraft- und Betriebsstoffe“ werden auch „Ökonomische Aspekte“ sowie „Rechtliche Rahmenbedingungen“ dargestellt und erläutert. Ergebnisse zu abgeschlossenen Forschungsprojekten ergänzen die Thematik „Umwelt und Verkehr“.

Das neue Internetangebot hält zudem Antworten auf viele Fragen zur nachhaltigen Verkehrspolitik und zur Verkehrsplanung bereit. So finden Interessierte Antwort auf Fragen, wie: Lässt sich Mobilität erhalten und die Güterversorgung sichern, ohne dass der Verkehr langfristig Mensch und Umwelt übermäßig

10.20. 2003: Praxisnahe Haftung für ökologische Schäden ist möglich . Umweltbundesamt veröffentlicht Studie zur Ausgestaltung der Haftung für ökologische Schäden

Für einen Schaden haftet sein Verursacher - das ist ein einfaches und etabliertes Prinzip. Soweit es um ökologische Schäden geht, stehen die Juristen in der Europäischen Union aber noch am Anfang. Wer haftet für Schäden an ökologischen Allgemeingütern wie Wasser, Boden oder Artenvielfalt? Und wie kann diese Kompensation aussehen? Auf diese Fragen hat ein interdisziplinäres Team unter der Leitung von Dr. Dr. Juliane Kokott von der Universität St. Gallen im Auftrag des Umweltbundesamtes Antworten gesucht. Die Autoren schlagen vor, dass Schadensersatz in Form konkreter Wiederherstellungs- und Verbesserungsmaßnahmen erfolgen soll. Wer zum Beispiel einen See schädigt, müsste diesen Schaden beseitigen, oder, falls das nicht geht, ein anderes Gewässer sanieren.

Die Studie legt bestehende Bewertungsverfahren und bereits praktizierte Haftungsregelungen aus dem In- und Ausland detailliert dar. Auf dieser Grundlage haben die beteiligten Juristen, Ökonomen und Naturwissenschaftler Methoden und Vorschläge entwickelt. Als besonders aufschlussreich erwiesen sich US-amerikanische Erfahrungen und die deutschen Ausgleichsregelungen für Eingriffe in Natur und Landschaft. Dabei wird auf praktikable Verfahren Wert gelegt. Denn damit Umwelthaftung funktionieren kann, muss es eine praxisnahe Grundlage geben, wie die Schäden bemessen und beseitigt werden. Die Ergebnisse der Studie sollen die Arbeiten an der EG-Umwelthaftungsrichtlinie und ihre Umsetzung in deutsches Recht unterstützen.

Die Studie „Ökologische Schäden und ihre Bewertung in internationalen, europäischen und nationalen Haftungssystemen - eine juristische und ökonomische Analyse“ (455 Seiten, 58 Euro) ist in der Reihe BERICHTE des Umweltbundesamtes als Nr. 3/2003 im Erich Schmidt Verlag erschienen. Sie ist im Buchhandel erhältlich oder direkt beim Erich Schmidt Verlag, Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin, Fax: 030/25 00 85-21, Internet: <http://www.erich-schmidt-verlag.de>.

=====

Ende des newsletter/d/59

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann, Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529 email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org, web: <http://www.safer-world.org> SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt